

Wirtschaft



EU-Parlament

Ein klares Nein resultiert zum Anti-Piraterie-Abkommen Acta. 13

Mit Cumulus Not lindern ist nicht so einfach

Die Treuepunkte der Migros-Kundenkarte kann man spenden - an Organisationen oder andere Kartenbesitzer. Eine gute Idee, die dennoch nicht alle glücklich macht.

Romeo Regenass

Die St. Gallerin Debora Buess ist eine junge, engagierte Studentin und hat 2010 die solidarische Cumulus-Karte ins Leben gerufen. Statt die Gutscheine, mit denen die Migros sie für ihre Einkäufe belohnt, für eigene Anschaffungen zu verwenden, spendet sie diese Leuten, die sie besser gebrauchen können: Nothilfebezügern etwa, die mit acht Franken pro Tag Essen, Kleidung, Hygieneartikel und alles, was zum Leben gehört, finanzieren müssen. Buess kopierte den Code ihrer Karte und gab ihn an andere weiter. So sammelten in diesen zwei Jahren viele Unterstützer des Solidaritätsnetzes Ostschweiz mit der «Soli-Karte» mehrere Tausend Franken in Form von Migros-Gutscheinen. Unterstützt wurden unter anderem Mittagstische, Sans-Papiers und Nothilfebezügler.

Vor dem Start ihrer Solidaritätsaktion hatte Buess die Migros Ostschweiz um Unterstützung angefragt. Die blieb zwar aus, aber die Migros liess Buess wissen, dass die Migros die Idee einer «sozialen» Cumulus-Karte ebenfalls verfolge, allerdings auf nationaler Ebene. Gleichzeitig liess die Migros Debora Buess gewähren und wünschte ihr «weiterhin viel Freude an ihrer sozialen Tätigkeit».

Zwei Jahre später erhielt Buess von der nationalen Cumulus-Zentrale der Migros in Zürich die Mitteilung, dass ihre Cumulus-Karte demnächst gesperrt werde. Die Karte werde ausserhalb ihres Haushaltes eingesetzt, das zeigten die Käufe, die mit ihr getätigt würden. Da Cumulus aber eine Haushaltskarte sei, liege ein Verstoß gegen die Allgemeinen Geschäftsbedingungen vor.

Migros will Daten auswerten

Doch die Migros zeigte Buess nicht einfach die kalte Schulter, sondern auch einen Weg, wie das Projekt unter Einhaltung der Regeln des Detailhändlers weitergeführt werden könnte - schliesslich liege der Migros das soziale Engagement am Herzen. Die Spender des Solidaritätsnetzes Ostschweiz müssten je eine eigene Cumulus-Karte besitzen und ihre Punkte an Debora Buess spenden, die ihre Gutscheine dann den Bedürftigen zur Verfügung stellen könnte. Seit Juli 2011 können Cumulus-Punkte generell spendet werden.

Für Buess ist das keine Alternative, bringt diese für die Teilnehmer ihres



Hier könnten Cumulus-Punkte helfen: Obdachlose in einer Hilfsstelle in Lausanne. Foto: Laurent Gillieron (Keystone)

Netztes doch deutlich mehr Aufwand mit sich. «In der Einfachheit der von uns praktizierten Variante liegt ja gerade der Erfolg.» Seit Bestehen der Soli-Cumulus-Karte wurden Bedürftigen Gutscheine für über 12 000 Franken geschenkt.

Aus der Stellungnahme, die Migros-Sprecherin Monika Weibel dieser Zeitung gesandt hat, geht hervor, dass der Grossverteiler bei Cumulus trotz sozialem Engagement nicht auf das übergeordnete Ziel Marketing verzichten will: «Wir möchten registrierten Cumulus-Kunden spezielle Angebote mit Bons zukommen lassen. Die Auswertungen der Kassensbons zeigen uns, wie neue Produkte generell ankommen.» Werde der Strichcode an eine Vielzahl von Migros-Kunden verteilt, ohne dass diese eigentliche Cumulus-Kunden sind, verliere die Migros zudem die Möglichkeit, diese Kunden bei Rückrufen direkt anzusprechen. Fazit: «Das Sammeln von

Punkten für eine spezielle Person oder Organisation muss deshalb konform ablaufen.»

Debora Buess will nicht aufgeben, die Argumente der Migros vermögen sie nicht zu überzeugen. «2009 hat uns die Migros nicht gesagt, dass ein Projekt wie die Soli-Karte verboten sei. Zwei Jahre

später heisst es plötzlich, unser Projekt sei illegal.» Das Protestschreiben von Buess trägt bereits 800 Unterschriften. Was sie auch noch urmt: Sie habe die Migros mehrfach um ein Gespräch gebeten, wurde aber nie eingeladen. Dabei ist sie ein Migros-Kind und hat als Aushilfe schon für die Migros gearbeitet.

Spendenoptionen

Migros bietet mehr an als Coop

Wer als Migros-Kunde eine Cumulus-Treuekarte hat, kann seine Punkte diversen gemeinnützigen Organisationen spenden, die diese für ausgewählte Projekte einsetzen. Mögliche Empfänger sind Glückskette, Heks, Pro Infirmitas, Solidar Suisse, Winterhilfe oder die Terzstiftung. Daneben ist eine Spende an einen beliebigen Besitzer einer Cumulus-Karte möglich, den man mit Migros-Einkaufs-

gutscheinen unterstützen möchte. Bei Coop kann man die mit der Supercard gesammelten Punkte nicht generell spenden, sondern einzelne Punktepakete als «Spende-Prämien» verschenken: Mögliche Empfänger sind das SOS-Kinderdorf, die Coop-Patenschaft für Berggebiete sowie Pro Senectute. Zudem können einzelne WWF-Projekte unterstützt werden. (meo)

Europas Notenbanker planen weitere Öffnung der Geldschleusen

Die Europäische Zentralbank setzt wohl auf konventionelle, die Bank of England auf unorthodoxe Politik.

Robert Mayer

Im Bestreben, die zusehends erstarken repressiven Kräfte zu bremsen, werden die beiden bedeutendsten europäischen Notenbanken heute aller Voraussicht nach neue geldpolitische Impulse beschliessen. Von der Europäischen Zentralbank (EZB) erwarten Beobachter, dass sie den Leitzinssatz von gegenwärtig 1 Prozent um (mindestens) 0,25 Prozentpunkte ermässigen wird. Die Bank of England wird zwar ihren Leitzins bei 0,5 Prozent belassen, aber nach überwiegender Einschätzung von Analysten ihre Politik der quantitativen geldpolitischen Lockerung durch Aufkauf britischer Staatsanleihen um eine weitere Runde ausweiten.

Euronotenbank betritt Neuland

Die EZB steht vor einem historischen Schritt: Noch nie seit der Einführung des Euro 1999, nicht einmal im Anschluss an den Zusammenbruch von Lehman Brothers im September 2008, hat sie ihren

Leitzins unter die 1-Prozent-Schwelle gesenkt. Parallel dazu dürfte die EZB den Einlagezins von 0,25 Prozent, den die Banken für das Parkieren von Geldern bei der Zentralbank gutschreibt, weiter reduzieren - womöglich sogar auf 0 Prozent. Dass die Frankfurter Währungshüter zum Handeln entschlossen sind, hat ihr Chefökonom Peter Praet kürzlich in einem Zeitungsinterview klargemacht: «Es gibt keine Doktrin, dass der Leitzins nicht unter 1 Prozent liegen kann.» Letztmals hat die Euronotenbank ihre monetäre Orientierungsmarke im letzten Dezember gesenkt.

Was die Bank of England betrifft, so gehen die Ansichten von Marktbeobachtern nur mehr über die Höhe des neuen Aufkaufprogramms auseinander. Mehrheitlich wird von einem zusätzlichen Volumen von 50 Milliarden Pfund ausgegangen, eine Minderheit rechnet gar mit 75 Milliarden. Bislang hat das britische Noteninstitut Staatsanleihen im Umfang von 375 Milliarden aufgekauft, wobei es mit der letzten Tranche über 50 Milliarden im Februar begann.

Die neuen geldpolitischen Massnahmen werden den beiden Zentralbanken umso leichter fallen, als die Inflationsraten jüngst gesunken sind. Bildete sich die britische Jahreststeuerung im Mai auf

2,8 Prozent und damit auf ein 30-Monats-Tief zurück (nach 3 Prozent im Vormonat), so verzeichnet die Eurozone gemäss einer ersten Schätzung eine Juni-Teuerungsrate von 2,4 Prozent (verglichen mit 2,4 respektive 2,6 Prozent in den zwei Monaten zuvor). Entscheiden den Anteil an der Preisberuhigung hatten beideneorts die rückläufigen Notierungen für Öl.

«Schwarze Wolken»

Diese wiederum sind aber nur die Kehrseite der empfindlichen Konjunkturabkühlung, die weltweit zu registrieren ist. Am heftigsten davon betroffen sind die Krisenländer Südeuropas sowie Grossbritannien - also jene Länder, die unter dem Druck hochdefizitärer Staatshaushalte eine rigorose Sparpolitik verfolgen und bereits in die Rezession abgerutscht sind. Der britische Notenbankchef Mervyn King sprach kürzlich vor einem Parlamentsausschuss von «schwarzen Wolken», die sich - vom krisengeschüttelten Euroraum herkommend - über Grossbritannien zusammengezogen hätten.

Wie düster die Lage auf der Insel ist, verdeutlichte der gestern veröffentlichte Einkaufsmanager-Index für den britischen Dienstleistungssektor, der etwa drei Viertel zur Wirtschaftsleistung bei-

steuert. Die Juni-Masszahl hat sich unerwartet deutlich auf 51,3 Punkte verringert, nach 53,3 im Vormonat. Damit liegt der Servicebereich immer noch über der 50er-Marke, die Wachstum von Kontraktion trennt. Aber unter Einbezug des Industriesektors blicken die Briten auf einen der schwächsten Monate seit Beginn des Aufschwungs im Frühjahr 2009 zurück, und Konjunkturforscher gehen für das zweite Quartal 2012 von einem Negativwachstum der Gesamtwirtschaft von 0,1 Prozent aus.

Deutschland auf Talfahrt

Für die Eurozone sind die Erwartungen tiefer gesteckt. Während die als verlässlich geltenden Einkaufsmanager-Indizes für die südlichen Peripherieländer eine noch stärkere Rezession befürchten lassen, springt vor allem die rasante Stimmungseintrübung in Deutschland ins Auge. Im ersten Quartal hatte die stärkste Wirtschaft in Euroland mit ihrem dynamischen Wachstum den gesamten Wirtschaftsraum vor einem schrumpfenden Bruttoinlandsprodukt bewahrt - im zweiten Quartal dürfte davon kaum etwas geblieben sein, im schlimmsten Fall muss Deutschland gar ebenfalls mit einem negativen Vorzeichen vorliebnehmen.

Kurz

Economiesuisse Künftiger Präsident Rudolf Wehrli bleibt nur drei Jahre

Der designierte neue Präsident von Economiesuisse, Rudolf Wehrli, wird höchstens drei Jahre lang an der Spitze des Wirtschaftsdachverbands stehen. Für eine zweite Amtszeit wäre Wehrli zu alt. Denn gemäss den Statuten darf nur als Präsident gewählt werden, wer das 65. Altersjahr noch nicht überschritten hat. Economiesuisse bestätigte auf Anfrage entsprechende Informationen von Blick.ch. Nach einer dreijährigen Amtszeit wäre der heute 63-jährige Wehrli mit 66 Jahren daher zu alt für eine Wiederwahl. (sda)

Burgdorf Immobilienfonds kauft zwei Gebäude von Roche

Ende Januar 2013 wird der Pharmariese Roche den Standort in Burgdorf schliessen. Proximo Swiss Commercial Fund heisst nun der Käufer der zwei Gebäude in der Arbeitszone Buchmatt. Entsprechend der Anlagestrategie hat der Fonds diese zwei Gebäude mit Produktions- und Verwaltungsnutzung erworben, um die verfügbaren 13 500 Quadratmeter ab 1. April 2013 wieder zu vermieten, wie die Fondsleitung gestern bekannt gab. Proximo Swiss Commercial Fund ist ein an der Schweizer Börse SIX kotierter Immobilienanlagensfonds. Die Fondsleitung liegt bei der Fid Fund Management SA in Nyon. (bwi)

Autoverkauf Abgasvorschriften treiben Importe auf Rekordhöhe

Neue Abgasvorschriften haben die Autoimporte der Schweiz im Juni auf ein Allzeithoch getrieben. Die Zahl der neu immatrikulierten Autos stieg im Vergleich zum Vorjahresmonat um 42 Prozent auf 39 900 Einheiten. Ab dem 1. Juli werden Autos mit zu hohen CO₂-Emissionen mit Sanktionen belegt, und viele Importeure haben gemäss dem Branchenverband Auto-Schweiz vorsorglich neue Personenwagen immatrikuliert. In den kommenden Monaten rechnet der Verband mit weniger spektakulären Zulassungszahlen. (Reuters)

IWF Bundesrat stellt bis zu 15 Milliarden Franken bereit

Der Bundesrat will, dass sich die Schweiz im Zusammenhang mit der Eurokrise an der zusätzlichen Reserve für den Internationalen Währungsfonds (IWF) beteiligt. Er will bis zu 15 Milliarden Franken bereitstellen. An der Frühjahrstagung des IWF im April war eine befristete Aufstockung der Mittel des Fonds bewilligt worden. Die Schweiz sagte damals einen Beitrag von 10 Milliarden Dollar zu. Das Parlament entscheidet voraussichtlich bis Ende Jahr über den Rahmenkredit. Die Gelder werden ausschliesslich dem IWF zur Verfügung stehen, nicht aber einzelnen Mitgliedsstaaten. (sda)

Schuldenkrise Slowenien will keinen Hilfsantrag für Banken stellen

Slowenien will für seine ums Überleben kämpfenden Banken keine Hilfen aus dem Euro-Rettungsschirm. Es werde kein Antrag gestellt, sagte Regierungschef Janez Jansa. Mit dem im Parlament verabschiedeten Sparpaket «wurde vorübergehend die Gefahr abgewendet, nach Finanzhilfen vom Internationalen Währungsfonds oder von den europäischen Hilfsmechanismen zu fragen», sagte Jansa. (Reuters)

Derivate EU will Aufsicht über den Handel verschärfen

Der Handel mit Derivaten wird in der EU künftig strenger beaufsichtigt. Alle Geschäfte mit diesen Finanzprodukten müssen ab Ende des Jahres bei zentralen Datenzentren gemeldet und dann veröffentlicht werden. Zudem müssen auch Geschäfte mit Termingeschäften, die direkt zwischen zwei Vertragspartnern gehandelt wurden, über spezielle Vermittlungsstellen abgewickelt werden. (sda)